



Soziale Infrastruktur an den Hochschulen ausbauen - mehr Kapazitäten für psychologische Beratung schaffen

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung SH (AfB) fordert die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion sowie den AfB-Bundesverband auf, sich dafür stark zu machen, dass die Beratungsangebote des Studentenwerks Schleswig-Holstein quantitativ und qualitativ ausgebaut und ihre Leistungen dauerhaft sichergestellt werden. Die finanzielle Förderung soll dabei folgende Maßnahmen ermöglichen:

- den nachhaltigen Ausbau personeller Kapazitäten in der Psychologischen Beratung, um eine kurzfristige und kompetente Unterstützung Ratsuchender zu ermöglichen
- für den nachhaltigen Ausbau (gesundheitsfördernder) präventiver psycho-sozialer Angebote zur Förderung gesunder Studierpraxis
- für eine fortlaufende Qualifizierung der Berater*innen.

Wir unterstützen die Forderungen des Deutschen Studentenwerks (DSW) nach einem Bund-Länder-Hochschulsozialpakt¹ und fordern die Bundes-SPD auf, sich im Falle einer Regierungsbeteiligung für die Aufnahme dessen in den Koalitionsvertrag einzusetzen.

Begründung:

Psycho-soziale Belastungen sind unter Studierenden weithin verbreitet und nehmen zu, damit steigt auch der Beratungsbedarf. Zugleich werden die Beratungsanliegen aufgrund der steigenden Diversität der Studierenden komplexer. Trotz hoher Belastungen der Studierenden können professionelle Beratungsangebote oft nicht oder nur sehr spät genutzt werden. Nicht zuletzt

¹ <https://www.studentenwerke.de/de/content/dsw-fordert-225-milliarden-euro-f%C3%BCr>

erfordern bestehende sowie neu hinzukommende Beratungsthemen die fortlaufende Qualifikationsentwicklung der Berater*innen.

Die Internationalisierung der Hochschulen, die Öffnung für Bildungsaufsteiger*innen und Berufstätige fördern die Vielfalt der Studierenden an Hochschulen. Die steigende Diversität der Studierenden bringt allerdings sehr verschiedene Herausforderungen vor und während eines Studiums mit sich. Insbesondere Probleme der sozialen Sicherung, der Studienfinanzierung sowie psychosoziale Probleme können die Aufnahme bzw. den erfolgreichen Abschluss eines Studiums gefährden. Die Beratungsangebote des Studentenwerks Schleswig-Holstein unterstützt Studierende in diesen Fragen mit großer Erfahrung und Expertise.

50% der Studierenden fühlen sich durch Stress oder belastende Situationen im Studium beeinträchtigt. Das zeigt die HISBUS-Untersuchung „Beratung von Bachelorstudierenden in Studium und Alltag“. Die Inanspruchnahme der Psychologischen Beratung ist in den vergangenen fünf Jahren um 16% gestiegen, die der Sozialberatung sogar um 25%.² Die Anliegen der Ratsuchenden werden zunehmend vielfältiger und komplexer und stellen hohe fachliche Anforderungen an die Berater*innen.

Diese Daten, die Befunde der zunehmenden Zahl an Studien im Bereich psycho-sozialer Lagen Studierender sowie die Erfahrungen aus der Beratungspraxis verdeutlichen den dringenden quantitativen und qualitativen Ausbaubedarf der Beratungsangebote.

- Um der hohen Nachfrage gerecht zu werden, bedarf es dringend eines quantitativen Ausbaus unter Berücksichtigung von Standards guter, professioneller Beratung.
- (Komplexere) Beratungsanliegen durch neue, vielfältigere bzw. veränderte Zielgruppen erfordern eine Differenzierung sowie die fortlaufende Qualifizierung der Beratungsarbeit, um den Bedarfen Studierender gerecht

² „Studentenwerke im Zahlenspiegel“ 2011/2012 und 2015/2016

zu werden. Studierende verfügen oft über knappe Zeitressourcen. Sie benötigen schnell verfügbare, effektive und ihre individuelle Situation berücksichtigende Beratung und Hilfe.

- Trotz der hohen Inanspruchnahme besteht darüber hinaus ein durch Wartelisten angezeigter ungedeckter hoher Beratungsbedarf. Viele Studierende nutzen trotz hohem Belastungsempfinden Beratungsangebote nicht oder erst sehr spät, u.a. weil ihnen ihre Probleme nicht gravierend genug erscheinen, sie die ihnen zur Verfügung stehenden Angebote nicht kennen oder sie dafür keine Zeit haben. Sprachbarrieren und kulturelle Aspekte können diese Effekte verstärken. Da der Beratungserfolg von Schweregrad und Komplexität der Anliegen abhängen kann, sollten die Angebote möglichst frühzeitig genutzt werden – auch, um die Gefahr einer Chronifizierung von Problemlagen zu mindern. Der Zugang zu Beratung für Studierende, die trotz vorhandener Probleme bisher nicht, oder erst sehr spät, professionelle Beratung aufsuchen, ist dringend zu erschließen. Dafür bedarf es insbesondere niedrigschwelliger und präventiver Angebote. Berater*innen können dazu beitragen, z.B. Lehrpersonal, Prüfungsämter und andere wichtige Schnittstellen im Bereich psycho-sozialer Belastungen und Bedarfe Studierender zu sensibilisieren und über konkrete Beratungsleistungen vor Ort zu informieren. Diese Multiplikator*innenarbeit bedarf jedoch einer zusätzlichen finanziellen Förderung (z.B. bei der Bemessung der Personalkapazitäten), um die verfügbaren Beratungskapazitäten nicht zu reduzieren.